

Just beklagt komplizierte Zuschusspraxis

Bürgermeister Manuel Just bringt eigentlich viel Verständnis für die Bürokratie auf. Doch in diesem Fall, den er dem grünen Landtagsabgeordneten Uli Sckerl bei dessen Besuch im Rathaus schilderte, fehlten ihm fast die Worte. Es ging um die Integration von Flüchtlingen.

„Wir haben uns bereits früh mit dem Thema eines Integrationsbeauftragten beschäftigt und die Stelle besetzt“, berichtet er. Hirschberg machte die Rechnung aber ohne den Wirt, sprich das Regierungspräsidium. Das Förderprogramm für solche Stellen wurde zwei Wochen später aufgelegt und als Hirschberg einen Antrag auf Förderung stellte, bekam es aus Karlsruhe einen ablehnenden Bescheid. „Kommunen, die sich vorher darum gekümmert haben, werden somit bestraft. Das verstehe, wer will“, schüttelte Just den Kopf.

Unverständnis über Bürokratie

Mittlerweile hat die Person die Gemeinde verlassen, daher stellt die Verwaltung erneut einen Antrag. Sckerl empfand diese Aktion des RP auch nicht als hilfreich. Zugleich bestärkte er die Verwaltung, erneut eine Förderung zu beantragen. Bis zum 30. September sei dies möglich.

Der Rathauschef fürchtet noch in einem anderen Punkt Nachteile für die Kommunen im Land, von den sogenannten „Nebenabsprachen“, von denen Sckerl als Parlamentarischer Geschäftsführer ebenfalls nur



Bürgermeister Manuel Just und MdL Uli Sckerl diskutierten aktuelle Fragen. BILD: WVN

etwas aus der Presse erfahren habe. Und hier sind Einsparungen vorgesehen. Allein in diesem Haushalt sollen 800 Millionen Euro eingespart werden. „400 Millionen sollen Kommunen und Personal beisteuern und 400 Millionen die Ministerien“, sagte Sckerl. Der Landtagsabgeordnete, der sich als „Briefträger und Lobbyist der Kommunen“ versteht, machte keinen Hehl daraus, wo er eher einsparen will: bei den Ministerien.

Die Kinderbetreuung, die Integration von Flüchtlingen oder die schulische Bildung sind für ihn tabu. „Das wäre das falsche Signal. Wir dürfen die Substanz und Leistungskraft der Kommunen nicht schwächen“, betonte Sckerl, forderte aber auch eine differenziertere Betrachtung: „Denn es gibt Kommunen mit unterschiedlicher Leistungskraft.“

Einigkeit herrschte zwischen Kommunal- und Landespolitiker

beim Thema Windenergie. Beide lehnten die Hangkante für Windkraftanlagen ab und klagten über die planungsrechtliche Ausgangssituation. Klar war beiden, dass es zu einer Regelung kommen muss, ansonsten besteht die Gefahr, dass nach Paragraph 35 Baugesetzbuch Anlagen genehmigt werden könnten. Und dies wolle niemand.

Verwundert rieb sich Sckerl die Augen, dass sich die neue Landesregierung auf einen Abstand von 1000 Metern zu Siedlungen geeinigt hat. „Ich hatte eigentlich 2000 Meter erwartet“, räumte er offen ein. Und was ihm bei der an der Bergstraße so umstrittenen Windkraft auch störte, sei gewesen, dass manche Standorte in der Ebene herausgenommen wurden, weil sie in der Einflugschneise liegen würden. „Das ist nicht ideal. Jetzt läuft es auf artenreiche Wälder raus.“